
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 31/3 (2004)

DOI: 10.11588/fr.2004.3.63547

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

ausbruch davon sprach, daß »unter dem Einfluß des allgemeinen Friedensbedürfnisses eine Periode fühlbarer Beruhigung in den internationalen Beziehungen eingetreten« sei, und fortfuhr: »Eine Politik wie die englische ist geeignet, Mißverständnisse, die sich zwischen den beiden Mächtegruppen einstellen können, zu beseitigen und dadurch die Mängel, welche der praktischen Betätigung eines starren Gleichgewichtssystems anhaften, einigermaßen auszugleichen« (S. 317).

Ausgelöst wurden die Bemühungen um eine Verminderung der internationalen Spannungen durch den Schock der zweiten Marokkokrise 1911, der den Kabinetten in London, Berlin, aber auch in Wien plötzlich dramatisch vor Augen führte, daß man sich am Abgrund eines großen Krieges bewegte, obwohl Marokko für sich genommen weder für das Deutsche Reich und Großbritannien und schon gar nicht für Österreich-Ungarn einen Anlaß zum Krieg darstellte. Mit großer Akribie und Detailkenntnis, vor allem über die diplomatischen Möglichkeiten in allen ihren Nuancen, die den Mächten zur damaligen Zeit zur Verfügung standen, schildert der Autor die zahlreichen Initiativen auf der Ebene der bilateralen Beziehungen, um durch eine Annäherung in zweitrangigen oder peripheren Fragen eine Verbesserung der politischen Beziehungen zu erreichen, die eventuell als Grundlage für eine Verständigung in den zunächst ausgeklammerten grundsätzlichen Fragen (Flottenrüstung, Balkan) hätte dienen können. In diesen Zusammenhang gehören die deutsch-britischen Verhandlungen über die Bagdadbahn und die Zukunft der portugiesischen Kolonien, die deutsch-französischen Anläufe für eine gewisse Normalisierung ihrer wegen Elsaß-Lothringen schwer belasteten Beziehungen, die Bemühungen um eine atmosphärische Aufhellung der Beziehungen durch Monarchenbegegnungen, aber auch der Versuch der Wiener Diplomatie, über finanzielle Fragen ins Gespräch mit der französischen Seite zu kommen und auch in London mehr Verständnis für die österreichisch-ungarische Balkanpolitik zu finden. Ansätze für eine multilaterale Entspannung sieht Kießling in den zunächst erfolgreichen Bemühungen der Londoner Botschafterkonferenz, die brisante Lage auf dem Balkan durch einen Rückgriff auf die traditionellen Methoden des europäischen Konzerts der Mächte zu beruhigen und unter Kontrolle zu halten.

Kießling ist es in bemerkenswerter Weise gelungen, die zahlreichen Initiativen für eine Verbesserung der angespannten internationalen Beziehungen in den Jahren von 1911 bis 1914, die von der Forschung bisher eher am Rande wahrgenommen worden waren, sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene aus den Akten heraus zu erschließen und in den Kontext der Entwicklung des internationalen Staatensystems einzuordnen. Er kann dabei mit durchaus plausiblen Argumenten den Nachweis erbringen, daß dieses System nicht nur im Zeichen von Bündnispolitik und daraus resultierender Blockbildung stand, sondern durchaus noch über eine gewisse Flexibilität verfügte, die aber keineswegs einen Ausweg aus dem bestehenden Sicherheitsdilemma eröffnete. Von der These, daß die Jahre von 1911 bis 1914 eingleisig eine stetige Zunahme der Spannungen zwischen den Mächten herbeiführten, die sich dann zwangsläufig anläßlich des einen oder anderen Konfliktes entladen mußten, wird man sich nach der Lektüre der gelungenen Studie von Kießling verabschieden müssen.

Rainer LAHME, Boppard

E. H. H. GREEN, *Ideologies of Conservatism. Conservative Political Ideas in the Twentieth Century*, Oxford (Oxford University Press) 2002, VIII–309 S.

Die britischen Konservativen waren lange Zeit stolz darauf, als »stupid party« zu gelten. Sie verstanden sich als eine Partei, die nicht viel von Ideologien hielt, den großen Welt-erklärungen mit Skepsis begegnete, statt dessen Pragmatismus und Tradition schätzte. Die demonstrative Geringschätzung von Ideen und Intellektuellen war ein wichtiger Grund,

warum Historiker konservativen Weltanschauungen lange Zeit weniger Aufmerksamkeit geschenkt haben als dem Liberalismus und Sozialismus. Als Folge sind die intellektuellen Fundamente, auf denen die erstaunliche Vormachtstellung der britischen Konservativen während weiter Strecken des 20. Jh. ruhte, von der historischen Forschung lange unbeachtet geblieben. Dies änderte sich erst in den 1990er Jahren, als die innenpolitische Dominanz der Partei ihrem Ende entgegenging. Der Oxforder Historiker E. H. H. Green hatte mit seiner 1995 erschienenen Studie über die Krise des Konservatismus zwischen 1880 und 1914 wichtigen Anteil an der Neuentdeckung einer Ideengeschichte des britischen Konservatismus.

In der hier zu besprechenden Aufsatzsammlung spannt er den Bogen über das gesamte 20. Jh. fort. Wieder steht die Auseinandersetzung mit konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen im Zentrum seines Interesses, weniger die abstrakte Frage, was eigentlich »konservativ« sei. Dabei kreisen die zehn Essays des Bandes um zwei Schwerpunkte: den edwardianischen Konservatismus vor 1914 und die thatcheristische Neudefinition in den siebziger und achtziger Jahren. Anhand der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen Harold Macmillans und des weniger bekannten Partei-Intellektuellen Arthur Steel-Maitland zeigt Green auf, wie wichtig die Fragestellungen und Lösungsansätze aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg auch in der Zwischenkriegszeit und zum Teil bis nach 1945 blieben – etwa was staatliches Eingreifen ins Wirtschaftsleben, die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital oder die zentrale Rolle der Nation anbetraf, die gegen die liberale Betonung des Individuums und gegen die sozialistische Vorstellung einer in Klassen aufgespaltenen Gesellschaft ausgespielt wurde. Zugleich arbeitet Green aber auch deutlich heraus, in welchen Punkten sich Macmillans und Steel-Maitlands Vorstellungen nach 1918 weiterentwickelten. An erster Stelle nennt er in diesem Zusammenhang die schwindende Bedeutung des Empire nicht erst nach dem Zweiten, sondern schon nach dem Ersten Weltkrieg.

In seiner Analyse des Thatcherismus schwankt Green zwischen einer evolutionären und einer revolutionären Interpretation. Auf der einen Seite betont er völlig zu Recht, es habe den Thatcherismus bereits lange vor Thatchers Aufstieg an die Parteispitze gegeben – in Form von Emotionen und Instinkten vor allem an der Parteibasis, aber auch in Teilen des mittleren Establishments. Zudem reiht er Thatchers Marktradikalismus insofern in die Tory-Tradition ein, als er darin eine typisch konservative Bevorzugung zivilgesellschaftlicher Agenturen gegenüber staatlichen Eingriffen erblickt. Britische Konservative, so Green, hätten nur dann – und immer dann – nach dem starken Staat verlangt, wenn die Selbstregelungskräfte der Gesellschaft ihrer Ansicht nach versagten. Zu Thatchers Zeit sei es jedoch genau umgekehrt gewesen: Angesichts des Versagens des Staates hätten sich die britischen Konservativen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes und der Gesellschaft besonnen. Insofern erblickt Green in der Entwicklung der siebziger und achtziger Jahre keinen Bruch mit der Partei-Tradition, sondern den Versuch, den britischen Konservatismus unter krisenhaften Bedingungen neu auszurichten. Auf der anderen Seite merkt er jedoch an, der Thatcherismus sei Ergebnis einer liberalen Infiltration. Schließlich habe sich die Tory-Partei nach 1945 die personellen wie ideellen Überreste des britischen Liberalismus erfolgreich einverleibt. Unter Thatchers Führung seien politischer Individualismus und soziale Vereinzelung derart in den Vordergrund gerückt, daß sie nicht mehr mit dem organisierten Weltbild des Konservatismus in Einklang zu bringen seien. Der Autor schließt daher mit der Bemerkung, am Ende des Jh. habe zwar die Konservative Partei in Großbritannien überlebt, der Konservatismus aber nicht.

Wenn man wie Green vorrangig die Wirtschafts- und Sozialpolitik betrachtet, läßt sich der skizzierte Widerspruch in der Interpretation des Thatcherismus in der Tat kaum auflösen. Nimmt man jedoch zusätzlich die Ebene der Verfassungspolitik in den Blick, bietet sich ein anderes Bild. Je stärker sich nämlich in den siebziger Jahren die britische Krise zuspitzte, desto weniger war das Festhalten am Status quo eine Option. Die Frage war, wo Veränderungen ansetzen sollten und was zu bewahren war. Thatchers Gegner tendierten

dazu, eine grundlegende Reform des politischen Systems ins Auge zu fassen. Eine Veränderung des Wahlrechts hin zum Verhältniswahlrecht, die Befürwortung von Koalitionsregierungen, größere Autonomierechte für Schottland, Wales und Nordirland, eine Reform des Oberhauses, eine geschriebene Verfassung, so lauteten einige der gängigsten Vorschläge. Für Thatcher war die britische Verfassungsordnung jedoch ein genuiner Ausdruck des britischen Nationalcharakters und mußte daher unter allen Umständen erhalten bleiben. In dieser Frage war sie ganz konservativ. Die politische Ordnung Großbritanniens, so könnte man argumentieren, hat die Krise der siebziger Jahre nicht zuletzt deswegen überstanden, weil Thatcher der britischen Wirtschaft und Gesellschaft eine Radikalkur verordnet hat. Sie propagierte die sozio-ökonomische Revolution, um die Verfassungsordnung zu bewahren.

Dominik GEPPELT, London

Walther L. BERNECKER, *Europa zwischen den Weltkriegen, 1914–1945*, Stuttgart (Eugen Ulmer) 2002, 570 p. (Handbuch der Geschichte Europas, 9).

C'est à une stimulante histoire de l'Europe entre les deux guerres mondiales que nous convie Walther Bernecker dans son ouvrage. Paru dans la collection »Handbuch der Geschichte Europas« dirigée par Peter Blickle, l'ouvrage reprend les articulations dynamiques présentes dans les autres volumes de la série.

Bernecker manie avec beaucoup d'aisance l'histoire comparée des différents pays. Décrivant avec un esprit de synthèse les caractéristiques majeures de chaque histoire nationale, l'auteur nous permet de faciles parallèles entre les lignes de faîtes de chaque pays. Il faut souligner – c'est souvent rare – qu'il ne néglige nullement dans cette approche ceux qu'on a coutume d'appeler les petits États. Il ressort de ces histoires nationales des axes majeurs: les difficultés de la démocratie face à l'ascension des systèmes totalitaires (dès le début de l'ouvrage avec les cas majeurs de l'Allemagne, de l'Italie et de la Russie soviétique), les évolutions politiques asymétriques des vainqueurs et des vaincus/frustrés de la Grande Guerre, l'impossibilité d'un retour à la normale tant espéré par les contemporains. Ces histoires nationales croisées permettent également à W. Bernecker de mettre l'accent sur des déclinaisons plus locales, plus nationales de ces importantes mutations. C'est ainsi qu'il nous montre comment la péninsule ibérique subit, sans que les États qui la constituent aient été des protagonistes, les contrecoups du conflit dans cette alternance entre tentatives démocratiques et expériences autoritaires jusqu'au triomphe de ces dernières. Ailleurs, au nord de l'Europe, se profilent les premières expériences d'État social (peut-on déjà dire providence?). Les vainqueurs également n'échappent pas à certaines remises en question: la problématique de la décolonisation fait son apparition dans les empires britannique et français; de surcroît, la France elle-même s'enlise dans une crise du régime parlementaire au cours des années trente qui, si elle n'a pas les mêmes conséquences qu'ailleurs, n'en traduit pas moins les ruptures introduites par le premier conflit mondial dans un pays qui semblait protégé parfois par son archaïsme. Bernecker ne pouvait pas oublier les États d'Europe centrale et orientale qu'il nous présente dans un chapitre dont le titre résume les dilemmes de ces États confrontés aux problèmes structurels de leur restauration comme États indépendants, ou de leur déclassement comme État »croupion« suite à la défaite. Dans cette partie de l'Europe également, l'ordre d'après-guerre rend la reconstruction difficile sur le plan économique. L'Europe centrale hésite entre le modèle politique parlementaire et la phraséologie autoritaire et nationale dont laquelle elle s'engage finalement dans les années trente (même si la Hongrie fait déjà office de précurseur dès les années 1920). L'instabilité qui la caractérise et la présence d'ambitieuses puissances voisines constituent une des causes du second conflit mondial, que Bernecker évoque dans sa troisième partie.